

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPÆ

FCE 7/04

DIE NOTWENDIGKEIT EINER LEITKULTUR

FRITS BOLKESTEIN

EU-KOMMISSAR FÜR BINNENMARKT, STEUERN UND ZOLLUNION

Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin

am 18. Oktober 2004

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Meine Damen und Herren,

Diese Universität wurde 1810 auf den Ideen des universellen Studiums nach *Wilhelm von Humboldt* errichtet. Sein Bruder, *Alexander von Humboldt*, war der letzte universelle Wissenschaftler der Welt, den man wirklich als solchen bezeichnen darf. Er war in mehreren Wissenschaftsgebieten zu Hause, er reiste um die ganze Welt und ließ sich durch die Vorstellung von der Einheit der Natur leiten. Als akademischer Tausendsassa hatte er begriffen, dass "alles mit allem zusammenhängt" und nichts als losgelöstes Element besteht. Es ist die gegenseitige Beeinflussung verschiedener Faktoren, die die Menschen zu der Suche nach dem inneren Zusammenhang zwingt. "Selbst die kleinen Fliegen in den Urwäldern erfüllen ihren Zweck", sagte er. Wer als Wissenschaftler den inneren Zusammenhang nicht erkennt, kommt bei der Wahrheitssuche nicht weiter. Im Gegenteil, er liefert falsche Analysen, die wiederum zu falschen Schlüssen führen. Diese Maxime *Alexander von Humboldts* gilt nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Politik.

Einige Politiker machen Analysen, die einen inneren Zusammenhang vermissen lassen und bestimmte Faktoren verkennen. Die Theorie klingt dann zwar nett, populär, idealistisch und sogar politisch korrekt. Doch fehlt ihr der Realitätsbezug. Ein treffendes Beispiel hierfür ist die Rede, die Außenminister *Joschka Fischer* an diesem Ort am 12. Mai 2000 gehalten hat, als er von der 'Finalität von Europa' sprach und für eine Europäische Föderation von Nationalstaaten plädierte. Er skizzierte das richtige Problem: Die Erweiterung der Europäischen Union droht die europäischen Institutionen zu lähmen. Aber präsentierte dann die falsche Antwort.

Zu der drohenden Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union sagte er:

„Es gibt eine ganz einfache Antwort: den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation.“

Joschka Fischer fügte hinzu, dass er nicht den Standpunkt der Bundesregierung, sondern seine „persönliche Zukunftsvision“ verkünde.

Ferner plädierte er für ein europäisches Zweikammer-Parlament: eine Kammer bestehend aus direkt gewählten Abgeordneten und eine Kammer aus Vertretern der nationalen Parlamente. Daneben trat er für eine europäische Regierung ein. Diese Rolle sollte der Rat oder die Europäische Kommission übernehmen.

Außenminister Fischer wurde von dem damaligen französischen Innenminister, *Jean-Pierre Chevènement*, scharf kritisiert. Er beschuldigte Fischer, noch immer vom *Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation* zu träumen. In einem Interview mit „Die Zeit“ erläuterte *Chevènement* seine markigen Worte:

„Das war bloß *une boutade* (eine nicht ganz ernst zu nehmende Überspitzung). Was er eigentlich meine, sei folgendes: Weil Deutschland noch immer die Nation diabolisiert, neigt es zur Flucht ins Postnationale. Da findet es sich im wehmütigen Traum einer Art von Föderation, die unterschiedliche Teile möglichst regional so zusammenhält, wie das im Heiligen Römischen Reich der Fall war ...“

Präsident *Jacques Chirac* beantwortete *Fischers* Aufruf während eines Deutschlandbesuchs im Juni 2000 etwas sachlicher. Im Bundestag äußerte er:

„Weder Sie Deutsche noch wir Franzosen wollen einen europäischen Superstaat, der an die Stelle unserer Nationalstaaten treten und deren Ende als Akteure auf der internationalen Bühne markieren würde.“

Dem föderalen Europa Fischers stellte Chirac ein konföderales gegenüber.

Ich hatte schon immer meine Bedenken gegenüber in schöne Worte gekleideten Aufrufen zur Schaffung eines föderalen Europa als Endziel der europäischen Integration. Diese Bedenken habe ich erstmals im September 1991 geäußert und dafür viel Kritik geerntet. Eine Föderation von Nationalstaaten funktioniert nicht, sie ist eine *contradictio in terminis*. Länder wie Frankreich und Großbritannien sind alte Nationalstaaten in Europa, mit eigener Sprache, Kultur und öffentlicher Meinung. Für diese Länder ist die europäische Integration schon immer eine Angelegenheit des wohlverstandenen eigenen Interesses gewesen. Ihr Ziel war aber nie das Aufgehen in einem europäischen Staat. Großbritannien und die skandinavischen Länder sehen ein föderales Europa als eine Gefahr für ihre Identität.

Neue Mitgliedstaaten wie Polen und Ungarn sehen Europa als ein Gebilde, in dem sie eigene Wünsche und Interessen verwirklichen können. Die polnische Nation war über lange Zeit kein souveräner Staat. Und als sie doch ein Staat wurde, wurde dessen Form durch ausländische Mächte vorgegeben. Daher der historische Ausdruck über Polen: *Polska tak, ale jaka?* Polen ja, aber was für ein Polen? Für Polen ist die Europäische Union ein Raum zur Selbstverwirklichung, es will nicht in einem anonymen Gebilde aufgehen. Polen hat nicht jahrelang gekämpft, um sich aus der Umklammerung durch Moskau zu befreien und dann einer anderen zentralen Macht unterzuordnen. Nationalstaat und föderales Europa passen nicht zusammen. Das ist nicht möglich. *Joschka Fischers* These klingt verlockend, doch erfüllt sie nicht die humboldtsche Norm des inneren Zusammenhangs.

I. Nationale Identität

Es ist durchaus verständlich, warum Außenminister *Fischer* für ein föderales Europa plädiert. Seine Haltung hat einen innenpolitischen Hintergrund. In Deutschland tun sich die Linksparteien wie die Grünen schwer mit der nationalen Identität und dem Vertreten deutscher Interessen. Das weckt Gefühle über die Vergangenheit, wo der Nationalismus die Basis von Hitlers Herrschaft bildete. Das Nachkriegsdeutschland blieb historisch gesehen deshalb ein unvollendeter Nationalstaat: Man flüchtete sich in den organisierten Regionalismus beziehungsweise in den europäischen Föderalismus. So war man zum Beispiel Bayer oder Hamburger und zugleich Europäer. Das Wort Deutscher dagegen rief gemischte Gefühle hervor. Die nationale Identität war durch ein Schamgefühl zugedeckt, und dies machte Deutschland in Europa kompromissbereit. Wenn Deutschland und Frankreich miteinander verhandeln, behält Frankreich fast immer die Oberhand und Berlin zahlt, selbst wenn seine finanzielle Lage angespannt ist. Die Briten legen sich quer, wenn ihre Interessen auf dem Spiel stehen, notfalls mit einem Veto. Deutschland greift nicht so schnell zu dieser Möglichkeit und ganz bestimmt nicht öffentlich. Auf diese Weise wurde Deutschland zum europäischen Musterschüler.

Die Begriffe Nationalstaaten und europäische Föderation werden in Deutschland miteinander verknüpft - nicht aus einer rationalen Analyse heraus, sondern um ein Gefühl des Unbehagens zu verschleiern. Das mag verständlich sein. Aber eine falsche Analyse ist nicht das richtige

Fundament für die europäische Integration.

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Deutschland ein vollwertiges, anerkanntes und geachtetes Mitglied der europäischen Staatenfamilie. Die deutsche Beteiligung an der europäischen Einigung ist eine Erfolgsgeschichte für jeden, der die Lebensdauer eines Menschen zum Maßstab nimmt. Ich wurde 1933 geboren, dem Jahr, als die Weimarer Republik nach der Machtübernahme Hitlers zu Grabe getragen wurde. In jenem Jahr geriet Europa in eine Abwärtsspirale, bis der absolute Tiefpunkt erreicht wurde: der Zweite Weltkrieg und der Holocaust. 1945 sah ich als Zwölfjähriger auf dem Bürgersteig des Städtischen Museums in Amsterdam wie *Winston Churchill* im offenen Wagen vorbeifuh. Er winkte uns mit dem V-Zeichen zu. Freiheit und Demokratie waren zurückgekehrt.

Die europäische Integration war auch ein Prozess der Aussöhnung Deutschlands mit seinen europäischen Nachbarstaaten wie zum Beispiel den Niederlanden. Das heutige Deutschland ist ein anderes Land als vor sechzig Jahren. Bei der heutigen Generation von Deutschen handelt es sich um überzeugte Europäer. Sie liefern ihren Beitrag zur europäischen Integration. Ich bin ein Gegner der Kollektivschuld. Kinder sollen nicht für die Verbrechen ihrer Eltern büßen müssen. Sie sollen aus diesen Verbrechen Lehren ziehen und eine Wiederholung vermeiden helfen. Deshalb bin ich auch gegen eine Debatte über Reparationszahlungen, wie sie kürzlich vom polnischen Parlament gefordert wurde. Europa darf sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht den Geist des Versailler Vertrags heraufbeschwören.

Wir können das Europa von morgen nicht auf der Abrechnung von gestern aufbauen. Deutschland spielt eine vollwertige Rolle in Europa. Diese Deutschen brauchen sich nicht dafür zu schämen, wer sie sind.

II. Deutsche Einheit

Deutschland ist der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat im Herzen Europas. Kein Land hat so viele Nachbarstaaten wie Deutschland. Wer im Geiste *Alexander von Humboldts* rationale Lehren aus der deutschen Erfahrung in den letzten fünfzehn Jahren zieht, wird unmittelbar feststellen, dass die wirtschaftliche Integration ein schwieriger Prozess ist. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und das DDR-Regime brach zusammen. Die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 war sowohl politisch als auch historisch die logische Folge. Ich habe die deutsche Einheit von Beginn an befürwortet. Bundeskanzler *Helmut Kohl* gebührt das historische Verdienst, rasch erkannt zu haben, dass die deutsche Einheit schnell vollzogen werden musste, weil die DDR sonst völlig ausgeblutet wäre. Darüber hinaus hat er das geeinte Deutschland in Europa eingebettet, damit sich kein einziges Nachbarland bedroht fühlen musste.

Der ökonomische Preis dieser politischen Notwendigkeit war jedoch enorm. Ab 1990 flossen Hilfen in Höhe von vielen Hundert Milliarden Euro von West nach Ost, doch die versprochenen blühenden Landschaften blieben aus. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern bleibt auch jetzt noch hoch, so auch die soziale Unruhe. Der Geldstrom sorgte für eine moderne Infrastruktur und garantierte den Bürgern in den neuen Bundesländern ein gewisses Maß an Konsum, jedoch bleibt die Produktivkraft gering. Deutschland hat eine zweigeteilte Wirtschaft mit unterschiedlichem Entwicklungstempo, weil vierzig Jahre Kommunismus den Osten

Deutschlands seiner Mittelschicht beraubt haben. Nach der deutschen Einheit ist die Hardware jetzt vorhanden, jedoch fehlt die Software noch weitgehend. Das Ergebnis ist eine Transferökonomie, von der man nicht weiß, wann das Produktionsvermögen den Lebensstandard von allein tragen kann. Auch eine ruhige Hand reicht nicht mehr aus. Strukturelle Reformen sind nötig, doch sind sie jetzt relativ schmerzhaft, weil sie so spät in Angriff genommen werden.

Wer die Kosten der deutschen Einheit sieht, begreift, wie schwierig es ist, ein Wohlstandsgefälle einzuebnen. Das gilt für das West-Ost-Gefälle in Deutschland ebenso wie für das Nord-Süd-Gefälle in Italien. Aber es gilt auch zwischen Ost und West in der erweiterten Europäischen Union. Die neuen Mitgliedstaaten erwirtschaften ein BIP mit 70 Millionen Einwohnern, welches mit dem der Niederlande mit 16 Millionen Einwohnern vergleichbar ist. In den neuen Mitgliedstaaten ist das Einkommensniveau relativ gering und die Arbeitslosigkeit hoch. Die Bürger knüpfen große Erwartungen an den EU-Beitritt, doch wird das Wohlstandsgefälle wohl noch Generationen lang bestehen bleiben. Dem Integrationsvermögen sind in Deutschland wie in Europa Grenzen gesetzt. Politiker, die dem nicht Rechnung tragen, riskieren nicht nur sozialen Unfrieden, sondern die Ablehnung des demokratischen Regierungssystems.

Die neuen EU-Mitgliedstaaten lernen aus der schwierigen wirtschaftlichen Integration in Deutschland. Sie haben kein West-Litauen, keine West-Slowakei, kein West-Lettland, aus denen Hilfen fließen. Sie versuchen, durch niedrige Steuern und durch ein günstiges Investitionsklima Investitionen anzulocken. Aus diesem Grund wollen sie die Körperschaftssteuer niedrig halten. Ich habe Verständnis dafür, weil eine hohe Besteuerung ein Wechsel auf ihre wirtschaftliche Zukunft wäre.

Die Erweiterung der Europäischen Union muss schrittweise erfolgen, gut vorbereitet sein und ohne falsche Versprechungen und Illusionen vermittelt werden. Niemand in Brüssel kann den neuen Mitgliedstaaten blühende Landschaften versprechen, weil sonst die Enttäuschung bei Referenda beispielsweise über die Europäische Verfassung zurückschlagen würde. Diese deutsche Lektion muss Europa noch lernen.

III. Vielvölker-Union

Mitten in Europa gab es schon einmal ein Lehrbeispiel europäischer Integration. Der europäischste Staat, der je bestand, existiert nicht mehr: die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie, die vor neunzig Jahren, nach dem Ersten Weltkrieg, unterging. Ein Staat in der Mitte Europas, in dem eine multi-ethnische Bevölkerung zusammenlebte und mit dem Lächeln des braven Soldaten Schweijk überlebte. Damit quittierte er sarkastisch das pompöse Gehabe der Militärs und Bürokraten des Kaiserreichs, dessen Bindeglied die Habsburger waren. Das Kaiserreich vereinte Österreicher, Ungarn, Tschechen, Deutsche, Slowaken, Polen, Rumänen, Slowenen, Kroaten und Ruthenen.

Es hat in der europäischen Geschichte noch nie ein Land gegeben, das andere Länder dauerhaft unterworfen hat. Und das ist gut so! Einheit ist nämlich nicht erstrebenswert, wenn sie auf Kosten der Freiheit geht.

Einheit und Freiheit waren die beiden Begriffe, die das mitteleuropäische Kaiserreich Österreich-Ungarn miteinander in Einklang bringen musste. Einheit und Freiheit sind auch die beiden Begriffe, die die Europäische Union miteinander in Einklang bringen muss. Die Donaumonarchie war ein Vielvölker-Staat. Die Europäische Union ist eine Vielvölker-Union. Einheit ohne Freiheit ist inakzeptabel. Aber Freiheit ist auf einem Kontinent mit vielen Nationen ohne Zusammenarbeit nicht lebbar. Die Donaumonarchie kam dem europäischen Bestreben, unterschiedliche europäische Völker unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen, am nächsten. Die meisten anderen Staaten hingegen waren das Projekt eines einzigen Volkes: des deutschen, des französischen, des britischen, des italienischen. Auch wenn die Donaumonarchie einer anderen Epoche angehört, weist sie viele Übereinstimmungen mit der heutigen Europäischen Union auf. Wien stand damals vor ähnlichen Herausforderungen wie Brüssel heute. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Aspekte nennen.

1. *Den Vielvölkeraspekt, den multi-ethnischen Charakter der Gemeinschaft:*

Regieren bedeutet unter diesen Voraussetzungen nicht das Durchsetzen spezifischer Interessen, sondern das Abwägen unterschiedlicher Interessen. Schließlich müssen die Institutionen der Vielvölkergemeinschaft eine gewisse Legitimität bei den Bürgern besitzen. Setzt ein Volk seine Interessen auf Kosten der anderen Völker durch, steht die Gemeinschaft selbst unter Druck. Die Institutionen werden angefochten und das Zentrum der Macht bekämpft.

2. *Die Donaumonarchie war, wie die Europäische Union heute, tatsächlich ein gemeinsamer Markt.*

Die Bürger, ob Slowaken oder Slowenen, konnten durch das ganze Kaiserreich reisen, von Karlsbad bis Siebenbürgen. Unternehmer konnten sich überall betätigen, ob in Böhmen oder in einem ungarischen Dorf. Jugendliche studierten in Wien, Prag oder Budapest. Die österreichisch-ungarische Monarchie erreichte ein jährliches Wirtschaftswachstum von über vier Prozent. Die Vielvölkergemeinschaft war also durchaus mit einem starken ökonomischen Fundament ausgestattet. Sie war ein Binnenmarkt, bevor es diesen Begriff überhaupt gab. Die Donaumonarchie verfügte über einen pflichtbewussten Beamtenapparat – mit einer dem Herrscherhaus verpflichteten Ethik, die mitunter bizarre Züge annahm, wie *Franz Kafka* in *Der Prozess* beschreibt.

3. *Die Donaumonarchie befand sich - genauso wie die Europäische Union heute - in einem permanenten Erweiterungsprozess.*

Mit dem Ende der zweiten türkischen Belagerung von Wien im Jahr 1683 begann der Zerfall des Osmanischen Reichs. Die Türken wurden immer weiter zurückgedrängt und das mitteleuropäische Kaiserreich wurde immer größer. Gebiete, die heute zu Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien und Bosnien und Herzegowina gehören, fielen unter die Herrschaft Wiens. Das Territorium der Donaumonarchie ist heute auf 15 verschiedene Staaten verteilt. Das Kaiserreich breitete sich aus, aber seine Fähigkeit, neue Völker aufzunehmen, nahm ab. Irgendwann stieß die Donaumonarchie an eine Grenze, was die Zahl der Völker betrifft, die sie zusammenhalten konnte.

Die Entwicklung dieses Staates wurde leider durch die Katastrophe des Ersten Weltkriegs vorzeitig abgebrochen. Die Donaumonarchie hatte damals mit den gleichen Herausforderungen zu kämpfen wie die Europäische Union heute. Wie kann man eine Vielvölkergemeinschaft zusammenhalten? Wie kann Stabilität exportiert und gleichzeitig verhindert werden, dass

Instabilität importiert wird?

IV. Einheit oder Freiheit?

Die Konzepte, die in Wien zum Tragen kamen, unterscheiden sich nicht sonderlich von denen, die in Brüssel angewandt werden: Zentralisierung, Föderalismus, Konföderalismus. Ein gutes Beispiel hierfür liefert das Jahr 1848, das der deutschnationalen Bewegung zum Durchbruch verhalf, die eine Vereinigung der zahllosen deutschen Fürstentümer forderte. In der Frankfurter Paulskirche stand die Deutsche Nationalversammlung vor der entscheidenden Frage: Einheit oder Freiheit? War die Einigung Deutschlands vereinbar mit der Freiheit oder würde sie der Freiheit ein Ende setzen?

Die Frankfurter Nationalversammlung plädierte für die deutsche Einheit unter Führung von Preußen, das den Reformern von 1848 gegenüber verständnisvoll gewesen war und dem ein liberaler, humanistischer Ruf vorauseilte. Doch der preußische König weigerte sich, die Kaiserkrone aus den Händen eines Parlaments zu empfangen, in dem bürgerliche Revolutionäre saßen. Er betrachtete einen vereinten deutschen Staat nicht als einen Volksstaat, sondern als eine Union deutscher Fürstentümer, als eine Art dynastische Konföderation mit Preußen als Spielmacher. Und er beantwortete die Revolution von 1848 damit, dass er Preußen eine Verfassung aufoktroierte - oder wie es *Bismarck* einst ausdrückte: "Revolutionen machen in Preußen nur die Könige".

Das energische Preußen hatte in Österreich einen ernstesten Konkurrenten um die Führerschaft im Deutschen Bund mit seinen zahlreichen Fürstentümern. Der österreichische Ministerpräsident Felix Fürst Schwarzenberg befürwortete eine großdeutsche Lösung, bei der 70 Millionen Menschen in einem konföderalen Staat zusammen leben sollten.

Für die Regierungsgeschäfte sollte ein aus 6 Mitgliedern bestehendes und von einem Reichsstatthalter als Regierungschef geführtes Direktorium eingesetzt werden. Das Amt des Reichsstatthalters sollten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen im Wechsel wahrnehmen. Daneben sollte eine Zweite Kammer, das so genannte Staatenhaus, geschaffen werden, dem Abgeordnete aller Landtage angehören sollten. Das Staatenhaus sollte einen Volksvertreter pro Million Einwohner zählen. Dieser Plan wurde jedoch nicht verwirklicht. Schließlich sollte *Otto von Bismarck* die Deutsche Einheit nach einem Bruderkrieg gegen Österreich im Jahr 1866 unter preußischer Vorherrschaft erzwingen. *Bismarck* entschied sich für die preußische Lösung der deutschen Frage, nicht für die europäische. Preußen besaß seine eigene Identität und ein wachsendes politisches Selbstbewusstsein.

In seinem Buch *Preußen ohne Legende* aus dem Jahr 1978 schrieb der Historiker *Sebastian Haffner*:

“Was Preußen seinen Nachbarn lange Zeit unheimlich und manchmal gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die Qualität seiner Staatlichkeit: seine unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, seine religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung. Preußen war in seiner klassischen Epoche, dem 18. Jahrhundert, ganz einfach nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.”

Das Ansehen Preußens wurde jedoch durch zwei Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert so

nachhaltig beschädigt, dass es oft als zwangsläufiger Schritt auf dem Weg zu Hitler betrachtet wird. Aber dieser nachträgliche Schatten verdeckt die Anziehungskraft, die Preußen im neunzehnten Jahrhundert auf die Befürworter der Einigung Deutschlands ausübte als moderner Staat und Antrieb Deutschlands. Preußen stand für Rechtsstaat, geordnete Obrigkeit, Bildung und andere Errungenschaften der Aufklärung. *Alexander von Humboldt* war ein Produkt der preußischen Gesellschaft. Es verwundert nicht, dass die Befürworter der Einigung Deutschlands in der Deutschen Nationalversammlung nach Preußen und nicht nach Wien als Schrittmacher der deutschen Einigung schielten.

Die Donaumonarchie hatte 1848 alle Hände voll zu tun, um die Aufstände nationaler Minderheiten niederzuschlagen. Wien exportierte immer weniger Stabilität und importierte immer mehr Instabilität. In dem Maße, wie sich die österreichisch-ungarische Monarchie ausbreitete, wurde die Nationalitätenfrage scheinbar immer unlösbarer und unhaltbarer. Der Ausgleich mit Ungarn war ein Versuch, die Spannungen zu vermindern. Die Ungarn erhielten ab 1867 den gleichen Status wie die Österreicher. Auf diese Weise wurde das Kaiserreich zur Doppelmonarchie. Doch führte dieses Privileg der Ungarn zu einer dauerhaften Unzufriedenheit der slawischen Völker. Das Kaiserreich wurde zu einem Pulverfass.

Der ungarische Schriftsteller *György Konrad* sagte:

“Wäre eine stärkere politische Dezentralisierung möglich gewesen, hätte eine föderale Struktur mit Liberalen und Sozialdemokraten entstehen können, und hätte die Monarchie die Demokratisierung vorangetrieben, wäre vielleicht eine Autonomieregelung gekommen. Das alles ist aber nicht geschehen. Der kleingeistige Nationalismus setzte sich durch und so entstanden die Minderheitenprobleme.”

Hinter der österreichisch-ungarischen Machtfassade schwelte eine panslawische Bewegung. In der Donaumonarchie entstand am Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine Atmosphäre des Unbehagens. Das ist eigentlich paradox, denn die wirtschaftliche Lage war relativ gut. Auch kulturell erlebte Wien eine Blütezeit mit u.a. *Franz List*, *Richard Strauss*, *Johannes Brahms*, *Gustav Mahler* und *Richard Wagner*.

Doch den deutschsprachigen Österreichern wurde allmählich bewusst, dass sie - im Falle einer Ausdehnung des Stimmrechts - mit ihrer Bevölkerung von acht Millionen Einwohnern nicht dauerhaft über eine slawische Bevölkerung von 20 Millionen herrschen konnten. Es sah danach aus, als würde die fortschreitende Demokratisierung den dynastischen Vielvölkerstaat aushöhlen, wenn nicht gar seine Auflösung herbeiführen.

V. Grenzen der Integration

Auch das heutige Europa ist mit der Frage konfrontiert: Wie viel Erweiterung kann es verkraften? Wie viel Brüssel sind die Bürger bereit zu akzeptieren? Welche Lektionen können wir aus den Erfahrungen in Mitteleuropa ziehen?

Erstens müssen wir erkennen, dass die Europäische Union eine *Vielvölker*-Union, eine Gemeinschaft von vielen Völkern und Nationen ist. Die Europäische Union ist *keine Föderation* und wird auch nie eine werden. Es wäre illusorisch zu glauben, dass Frankreich, Großbritannien

und Polen sich in der Europäischen Union verhalten würden wie etwa Bayern oder Brandenburg in der Bundesrepublik. Wer Europa föderalisieren und erweitern will, legt den Grundstein für seinen Zusammenbruch.

Die zweite Lektion, die Europa von der Donaumonarchie lernen kann: *Die Erweiterung erfordert eine Überprüfung.* Geschieht dies nicht oder zu spät, wie im Fall der Donaumonarchie, wird auf Dauer nur Instabilität importiert. Die Grenzen spielen daher eine wichtige Rolle. Aufgrund seiner geographischen Lage ist die Bestimmung der Grenzen Europas nicht einfach. Bei der Entscheidung über die Aufnahme weiterer Länder muss jeweils berücksichtigt werden, ob eine ausreichende Tragfähigkeit und Solidarität in Europa vorhanden sind, um zusätzliche Instabilität aufzufangen. Eine mangelnde Effektivität untergräbt die Legitimität Europas. Bürdet sich Europa zuviel auf, droht Lähmung und Chaos.

Drittens setzt das fehlende Integrationsvermögen der Politik Grenzen. *Europa muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken, und Politikfelder, die nicht zu den Kernaufgaben zählen, müssen renationalisiert werden.* Wer aus Brüssel zu stark den Nachdruck auf Einheit und Zentralismus legt, wird bei vielen Völkern Ablehnung und Abkehr hervorrufen. Fühlen sich die Bürger beziehungsweise die Völker in der Union nicht zu Hause, weil Brüssel doch tut was es will, werden sie sich gegen die europäische Integration wenden. Bis hier und nicht weiter, werden sie sagen.

Für die Kernaufgaben der EU lassen sich drei Kriterien formulieren:

1. die Beseitigung von Hindernissen für den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr;
2. die Lösung grenzüberschreitender Probleme;
3. die Nutzung von Skaleneffekten.

Eine wichtige Kernaufgabe ist beispielsweise die Wirtschaftspolitik. Das Projekt Binnenmarkt erfüllt ausgezeichnet die Kriterien dafür, was Europa tun und auch weiterhin tun sollte, weil der Binnenmarkt der ständigen Pflege bedarf. Der Binnenmarkt und die Wettbewerbspolitik bilden das Fundament einer modernen Wirtschaft.

Bei welchen Politikfeldern kann eine Renationalisierung ins Auge gefasst werden?

Im *sozialen Bereich* bietet Europa nur begrenzte Skalenvorteile. Warum sollten auf europäischer Ebene Gesetze über die Kinderbetreuung erlassen werden? Man hört hin und wieder, dass es im Falle einer nicht harmonisierten Gesetzgebung zu sozialem Dumping kommen kann. Ich glaube nicht daran. Einige Unternehmen wandern in der Tat in so genannte Billiglohnländer ab, andere entscheiden sich für eine gute Infrastruktur und ein hohes Bildungsniveau. Der komparative Vorteil der Länder mit geringerem Wohlstand liegt in ihren niedrigeren Lohnkosten. Wer diese Kosten erhöhen will, behindert die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Die Sozialpolitik ist daher in erster Linie Aufgabe der Mitgliedstaaten.

Die Politik im *Bereich der Kohäsions- und Strukturfonds* erfüllt ebenfalls nicht die Kriterien der Kernaufgaben. Ein Drittel der Haushaltsmittel der Union (34 Mrd. Euro) wird für diese interne Entwicklungshilfe an arme Regionen aufgewendet. Es wird behauptet, dass der freie Markt den ärmsten Regionen nicht hilft. Die Fakten zeigen jedoch, dass das Wirtschaftswachstum in Portugal und Spanien bereits vor dem Zustrom der Mittel aus dem Strukturfonds größer war als im übrigen Europa. Ausländische Investoren wurden durch niedrige Löhne, niedrige Steuern und

die Aussicht auf die bevorstehende EU-Mitgliedschaft angelockt. Die Kohäsions- und Strukturfondspolitik kann leicht zu Transferwirtschaften führen, die in die Abhängigkeit von Zuschüssen geraten. Letztlich ist es der Markt, nicht ein Subventionsstrom, der die regionale Kohäsion befördern muss.

Ein zusätzliches Problem besteht darin, dass die Hälfte der Mittel aus den Kohäsions- und Strukturfonds reicheren Ländern zugute kommt. Reichere Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Deutschland, können ihre ärmeren Regionen oft besser selbst unterstützen, sofern sie dabei die europäischen Regeln im Bereich der staatlichen Beihilfen achten. Heute wird Geld in die EU gepumpt, und jeder Nettozahler ist bemüht, so viel wie möglich aus Brüssel zurückzubekommen. Das ist kein guter Mechanismus.

In der *Gemeinsamen Agrarpolitik* gibt es ebenfalls Aufgaben, die auf die Mitgliedstaaten zurückverlagert werden könnten. Die europäische Agrarpolitik garantiert die grundlegende Versorgung mit Nahrungsmitteln. Dies ist eine große Errungenschaft. Brüssel bearbeitet jetzt aber auch Politikfelder wie Landschaftspflege, Regionalpolitik und sozialer Zusammenhalt – Aufgaben, die man den Mitgliedstaaten besser überlassen sollte. Warum sollen die deutschen Bürger die Landschaftspflege in Frankreich mit finanzieren?

VI. Das mangelnde kulturelle Selbstverständnis Deutschlands

Der Aufbau einer Europäischen Union mit 35 oder mehr Mitgliedstaaten macht die Idee einer europäischen Föderation zum Mythos und führt letzten Endes zu einer Vielvölkerunion von Nationalstaaten. Deutschland ist einer der wichtigsten Nationalstaaten und hat Mühe, als solcher aufzutreten. Sobald von Identität und Kultur die Rede ist, verlieren viele Deutsche ihre Selbstsicherheit und gehen in die Defensive. Gerade das macht Deutschland momentan verletzlich.

Dieser Mangel an kulturellem Selbstverständnis kam deutlich zum Vorschein, als der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Bundestag, *Friedrich Merz*, im Jahr 2000 den Begriff der deutschen Leitkultur in den Mund nahm. Er sagte:

„Einwanderung und Integration können auf Dauer nur Erfolg haben, wenn sie die breite Zustimmung der Bevölkerung finden. Dazu gehört, dass Integrationsfähigkeit auf beiden Seiten besteht: das Aufnahmeland muss tolerant und offen sein, Zuwanderer, die auf Zeit oder auf Dauer bei uns leben wollen, müssen ihrerseits bereit sein, die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland zu respektieren.“

Er nannte das die *freibeitliche deutsche Leitkultur*. Merz musste danach heftige Kritik einstecken, als ob er ein Anhänger der *Maxime Kaiser Wilhelms II.* sei: *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen*. Merz bezog seine Inspiration allerdings nicht beim letzten deutschen Kaiser, sondern vielmehr bei dem muslimischen Islamkenner Professor *Bassam Tibi*, einem gebürtigen Syrer, der die Auffassung vertritt, dass die Ausländergemeinschaften in Deutschland die deutsche Kultur als *Leitkultur* akzeptierten sollten. Es ist an sich schon bemerkenswert, dass ein Muslim die Deutschen aufruft, in ihrem eigenen Land ihre eigene Kultur als richtunggebend anzusehen. Das dürfte in Frankreich oder Großbritannien nicht so schnell geschehen.

Tibi veröffentliche das Buch *„Europa ohne Identität?“* Er verwies auf die Krise der multikulturellen Gesellschaft, die seines Erachtens durch ein mangelndes kulturelles Selbstverständnis verursacht

wird:

„Aufgrund ihrer Vergangenheit verbieten sich die Deutschen ein Konzept zur Integration von Fremden, das eine Leitkultur als Wertekonsens über Demokratie und Zivilgesellschaft verbindlich macht.“

Nach Auffassung Tibis ist angesichts der Vielzahl der Nationalitäten und Kulturen, wie sie derzeit in Deutschland – auch in den Niederlanden – vorhanden ist, eine Leitkultur notwendig, um zu verhindern, dass sich eine parallele islamistische Gesellschaft entwickelt, in der wesentliche europäische Werte nicht gelten. Er behauptet:

„Nur wenn die europäische Zivilisation zu ihren demokratischen, liberalen Werten als Orientierung steht und diese verteidigt, kann sie Migranten aus nicht-westlichen Zivilisationen eine Leitkultur der Integration bieten. Wenn die Europäer keine Leitkultur haben wollen, bieten die Zuwanderer, vor allem die Islamischen, ihre eigene Kultur als Alternative.“

Tibi glaubt, dass sich der Islam in Europa nur dann integrieren kann, wenn eine starke *Leitkultur* vorhanden ist, die die Muslime zu einer modernen Auslegung ihres Glaubens ermutigt. Ein Euro-Islam ist vereinbar mit der europäischen Kultur und die beste Verteidigung gegen islamistische Fundamentalisten. Die Kernfrage ist für ihn daher, welche Form des Islam sich in Europa durchsetzt: der Euro-Islam oder der Scharia-Islam?

Europa steht in der Tat am Scheideweg. Und damit auch Deutschland. Ich bin ein Gegner des Kulturrelativismus, auf den sich die Befürworter der multikulturellen Gesellschaft immer wieder berufen, um die Verletzung grundlegender Werte der christlichen, jüdischen und humanistischen Zivilisation zu rechtfertigen. Grundlegende Werte sind beispielsweise die bürgerlichen Freiheiten, die körperliche Unversehrtheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die Trennung von Kirche und Staat. Stoßen diese europäischen Werte auf die Grundsätze einer anderen Kultur, so haben die europäischen Werte Vorrang. Kurzum: Frauenbeschneidung, Vielhe und Leibesstrafen dürfen nicht geduldet werden.

Ein europäisches Land muss den Vorrang dieser grundlegenden Werte durchsetzen und darf nicht zulassen, dass eine Duldungszone entsteht, in der die andere Kultur ihre eigenen Praktiken fortsetzen kann. Steht eine Regel der Scharia im Widerspruch zur deutschen Leitkultur, so hat letztere Vorrang. Dafür braucht sich Deutschland nicht zu rechtfertigen.

In Deutschland weckt diese Diskussion Unbehagen, aber in vielen anderen Ländern ist das selbstverständlich. So hat die französische Regierung unlängst beschlossen, das Tragen von Kopftüchern an Schulen zu verbieten. In Frankreich ist der *état laïque* ein Fundament des französischen Staates und einer der republikanischen Werte, die jeder Bürger zu respektieren hat. Kein Franzose würde sich dafür schämen, die eigene Kultur als Leitkultur zu bezeichnen.

Nur selbstbewusste Kulturen können Menschen aus nicht-westlichen Kulturen integrieren. Die Vereinigten Staaten zeigen, dass das Selbstverständnis als Nation sich nicht auf die Rasse, Hautfarbe, Religion oder Herkunft beschränkt. Die Vereinigten Staaten sind ein Schmelztiegel, trotzdem eine Nation, die Menschen europäischer, afrikanischer, asiatischer, mexikanischer, jüdischer oder islamitischer Abstammung umfasst. So konnte ein Österreicher Gouverneur von Kalifornien, der sechstgrößten Volkswirtschaft der Erde, werden. Europäer mögen das belächeln, in Amerika ist es Teil des *American Dream*. Identität ist in Amerika kein Problem, weil man sich

dort nicht scheut, für die eigenen Werte einzutreten.

Die Debatte über die Leitkultur ist in ihrem Wesen eine Debatte über die Kernwerte, die das Bindemittel unserer Gesellschaft bilden. Wie können wir einen Dialog mit anderen Kulturen aufnehmen, wenn wir nicht imstande sind, für unsere eigene Kultur einzutreten? Wie können wir andere verstehen, wenn wir selbst nicht mehr wissen, wer wir sind. Deutschland hat eine reiche Kultur und ist die größte Nation im Herzen Europas. Europa braucht in seiner Mitte eine selbstbewusste deutsche Kultur, eine einladende, werbende und integrierende Kultur. Das moderne Deutschland braucht darüber nicht komplexiert zu sein. Im Gegenteil! Die deutsche Kultur hat Neuankömmlingen aus anderen Kulturen viel zu bieten.

* * *